

**Geschäftsführung
Gesundheits-, Alters- und
Pflegekonferenz**

Es informiert Sie	Sylvia Habiger
Telefon (0202)	+49 202 563 2336
Fax (0202)	+49 202 563 8531
E-Mail	sylvia.habiger@stadt.wuppertal.de
Datum	14.02.2019

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz (SI/0616/19) am 30.01.2019

Anwesend sind:

von der SPD-Fraktion

Herr Thomas Kring ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Ralf Haarhaus ,

benanntes Mitglied

Herr Uwe Benn , Herr Stefan Brügge , Herr Horst Bürgener , Frau Claudia Burmeister , Herr Detlef Burmeister , Herr Dr. Heinz de Moll , Frau Alexandra Dicken , Herr Dr. Christoph Glaser , Frau Susanne Gössling , Frau Michaela Höhne , Herr Rainer Keßler , Herr Dr. Erhard Keßling , Herr Thomas Kirst , Herr Dieter Klempert , Herr Jürgen Krefting , Frau Cornelia-Maria Schott , Frau Dr. med. Daniela Stöter , Frau Yasemin Weyland ,

von der Verwaltung

Frau Marianne Krautmacher , Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Michael Lehnen , Herr Klaus Lüdemann,

Schriftführerin: Marianne Krautmacher/Heike Löber

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:00 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Dr. Kühn begrüßt die Anwesenden.

2 Verabschiedung der Tagesordnung

Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

3 Genehmigung des Protokolls vom 21.11.2018

Es gibt keine Anmerkungen zum Protokoll.

4 Rahmenvertrag Entlassmanagement - Erfahrungsaustausch der beteiligten Einrichtungen und Verbände

Herr Burmeister berichtet für das Agaplesion Bethesda Krankenhaus Wuppertal mit unterstützender Power Point Präsentation (dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt) zur Umsetzung des Entlassmanagements gemäß Rahmenvertrag. Herr Burmeister erläutert u.a. zu den Schwierigkeiten, die mit dem Erfordernis verbunden sind, eine schriftliche Einwilligung des Patienten zur Durchführung des Entlassmanagements einzuholen; weiter thematisiert er die im Krankenhausalltag ungünstige Vorgabe, die Ausstellung einer Verordnung am Entlass-Tag zu tätigen.

Frau Höhne berichtet für das Helios Universitätsklinikum Wuppertal mit unterstützender Power Point Präsentation (dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt) zur Umsetzung des Entlassmanagements gemäß Rahmenvertrag.. Zum Einverständnis-Erfordernis erläutert Frau Höhne, ohne Einverständnis des Patienten dürfe das Krankenhaus alles, was medizinisch auch anders gehe (ohne Lebensgefahr) nicht tun. Zur Verordnung von Arzneimitteln durch Krankenhäuser erklärt Frau Höhne, es handele sich um ein Verordnungsrecht der Krankenhäuser - das sich auf das unvermeidlich Notwendige beschränke - und nicht um eine Verordnungspflicht.

Als positive Entwicklung benennt Frau Höhne, die Vorgabe an die Pflegekassen, innerhalb von 3 Tagen nach Begutachtung einen Pflegegrad mitzuteilen, werde tatsächlich umgesetzt. Als größte Schwierigkeit für die Krankenhäuser benennt Frau Höhne, einen Heimplatz für Patienten finden – dies sei seit Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe der Einzelzimmer-Quote so. Schwierigkeiten gebe es auch bei der Suche nach weiterversorgenden Pflegediensten – bestätigt wird dies von Frau Weyland, man gehe bei der Suche bis zu 3 Städte weiter.

Herr Keßler erklärt, die Belegungssituation bei der Caritas habe sich nicht geändert, allerdings würden die Anfragen der Krankenhäuser intensiver. Die Sommerferien seien bzgl. Kurzzeitpflege bereits „ausgebucht“. Die Situation in der häuslichen Pflege sei dramatisch, die Pflegedienste liefen im

Höchstleistungsbereich. Ein regelmäßiges (Verteilungs-) Problem bei Neu-Anfragen sei, Pflegebedürftige wollten in der Regel um 8 Uhr, und nicht etwa um 10 Uhr täglich versorgt werden.

Frau Finkensieper berichtet für den Klinikverbund St. Antonius und St. Josef mit unterstützender Power Point Präsentation (dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt) zur Umsetzung des Entlassmanagements gemäß Rahmenvertrag. Frau Finkensieper erläutert, es gebe Handlungsbedarf / Diskussionsbedarf / Unklarheit bzgl.:

- Versorgung an Feiertagen
- Patienten ohne Angehörige
- Nicht einwilligungsfähige Patienten ohne Vollmacht
- Datenschutz
- Patient verschlechtert sich während des Aufenthaltes – Organisation eines komplexen Versorgungsbedarfes
- Zusammenarbeit mit Kostenträgern
- Nachstationäre Leistungserbringer ohne Kapazitäten

Herr Schwab erläutert für die BARMER, seit Einführung des Entlassmanagements habe es in diesem Bereich 2.500 Arzneimittelverordnungen gegeben, sowie 1.000 sonstige Verordnungen [durch Krankenhäuser].

Herr Bürgener erklärt, aus Sicht des stationären Bereiches gebe es keine wesentlichen Veränderungen im Entlassmanagement. Im Bereich Verordnungsmöglichkeiten habe man Verbesserung erwartet. Versorgungsengpässe in der Nachversorgung gebe es keine im stationären Bereich. Im ambulanten Bereich habe man allerdings Fälle des bekannten „Dreh-Tür-Effektes“ feststellen müssen.

Frau Krautmacher spricht an, es komme vor, dass Menschen aus dem Krankenhaus in die Obdachlosigkeit entlassen werden – die Stadt wird diesbezüglich an die Kliniken herantreten. Weiter erläutert Frau Krautmacher, bei „selbstverantworteten“ Wohngemeinschaften sei oft Angehörigen ihre notwendigerweise aktive Rolle nicht klar. Die Heimaufsicht sei hinsichtlich dieser Problematik in der Prüfung des Status betroffener Wohngemeinschaften. Es ist eine Info-Veranstaltung für Entlass-Zuständige und gesetzliche Betreuer geplant. Nicht alle Patienten können in selbstverantwortete Wohngemeinschaften entlassen werden.

Frau Schott spricht das Problem ungeklärter Situationen bzgl. notwendiger gesetzlicher Betreuung an, der Prozess der Einrichtung einer notwendigen gesetzlichen Betreuung dauere in Wuppertal zu lange. Herr Lehnen erklärt hierzu, auch bei der Betreuungsstelle setze man sich periodisch mit dem Thema auseinander. Es sei schwierig, neue (geeignete) Betreuer zu finden.

Herr Lüdemann als Vertreter der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN informiert ergänzend über das Vorhaben der Stadt München zum Anbau von Hanf im Kontext von Cannabis als Medizin.

Zum Antrag äußern sich Herr Bürgener, Herr Dr. de Moll und Herr Dr. Glaser in Form persönlicher Stellungnahmen, die eine Beantragung eines Modellprojekts unterschiedlich bewerten. Einerseits wird der Modellversuch für sinnvoll, aber wegen der gesetzlichen Grauzone für sehr aufwändig in der Umsetzung gehalten. Andererseits erfolgt ein Plädoyer für eine Neuformulierung des Antrages, weil dieser zu unkonkret sei bzw. neukonzipiert werden sollte.

Die Stellungnahmen werden im Einzelnen und im Wortlaut in Form eines Berichts „Fachliche Einschätzungen der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz zu VO/0950/18“ zusammengestellt und dem Ausschuss Soziales, Gesundheit und Familie i.S. einer Empfehlung zur weiteren Beratung zur Verfügung gestellt.

6 Bericht zum aktuellen Sachstand des Jobcenters über Maßnahmen aus dem Präventionsgesetz - Herr Benn, Jobcenter

Herr Benn berichtet mit unterstützender Power Point Präsentation (dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt) über die Projekte Rehapro und GIM des Jobcenters Wuppertal, die für die Jobcenter-Kunden/innen in verschiedenen Wuppertaler Quartieren mit unterschiedlichsten Kooperationspartnern durchgeführt werden sollen. Ergänzend dazu führt das Jobcenter für die eigenen Mitarbeiter/innen gesundheitsfördernde Projekte durch.

7 Bericht aus dem Trägerrat

Herr Bürgener berichtet aus der heutigen Sitzung des Trägerrates der Pflegeberatungsstelle, in der insbes. die Schließung des Pflegestützpunktes der BARMER und die Übertragung der Aufgabe der trägerunabhängigen Pflegeberatung für die BARMER Versicherten auf den Pflegestützpunkt der Stadt Wuppertal Thema war. Ferner wurde über die geplante Mitgliederversammlung des Beratungsnetzwerks Pflege und die verstärkte Kontrolle von Abrechnungen zu ambulanten Pflegeleistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege gem. SGB XII durch das Sozialamt informiert.

8 Verschiedenes

Frau Löber informiert über Fördermöglichkeiten im Rahmen des Landesförderplan „Alter und Pflege“ (siehe: www.mags.nrw/landesfoerderplan).

Frau Krautmacher und Frau Schott berichten über den Start der – aus Mitteln der Stiftung Wohlfahrtspflege für 3 Jahre geförderten - altengerechten Quartiersentwicklung in Langerfeld zum 01.01.2019.

Frau Hembach gibt bekannt, dass es in Wuppertal nun erstmals ein Angebot zur

soziotherapeutischen Leistungserbringung gibt (siehe Anlage 5: Flyer von alpha e.V.).

Herr Lehnen berichtet über die räumliche Zusammenführung der sozialhilferechtlichen Leistungsgewährung für Menschen, die in ihrer eigenen Wohnung leben, im Gebäude Friedrich-Engels-Allee 76 (ehemaliges Versorgungsamt).

Herr Benn macht auf die – aus seiner Sicht nicht sehr förderlichen – Voraussetzungen für die Aufnahme eines Praktikums in Krankenhäusern aufmerksam, wenn der Nachweis eines umfangreichen Impfschutzes gefordert wird (Beispiel: Helios Klinikum). Er regt an, die Rahmenbedingungen für Praktika in gemeinsamen Gesprächen aller relevanten Akteure derart zu gestalten, dass die Aufnahme eines Praktikums erleichtert wird.

Dr. Stefan Kühn

Vorsitzender

Marianne Krautmacher/
Heike Löber
Schriftführerin